

# Hamburg macht den Haushalt transparent

Stadtstaat legt als erstes Bundesland eine Eröffnungsbilanz vor / „Positiver Saldo von 4 Milliarden Euro“

enn. BERLIN, 15. August. Hamburg hat als erstes Bundesland sein Vermögen und seine Schulden nach kaufmännischen Methoden bewertet und in einer Eröffnungsbilanz ausgewiesen. Danach verfügt die Stadt, die als eine der reichsten Europas gilt, über ein Eigenkapital von 4 Milliarden Euro. Hamburgs Erster Bürgermeister Ole von Beust sagte am Dienstag: „Mit 4 Milliarden Euro Eigenkapital kann Hamburg einen positiven Saldo ausweisen. Aber es bleibt festzuhalten, daß trotz des strukturell ausgeglichenen Betriebs Haushalts der Substanzabbau von öffentlichem Vermögen seit Jahren andauert.“ Der Senat nehme die Bilanz zum Anlaß, seine Finanzpolitik mittelfristig an den strengen Grundsätzen der kaufmännischen Buchführung auszurichten.

Nach der Eröffnungsbilanz stehen in Hamburg Verbindlichkeiten von 46 Milliarden Euro Vermögenswerten von 50 Milliarden Euro gegenüber. Dabei seien die Aktiva überaus „vorsichtig, konservativ und zeitnah bewertet worden“, sagte Finanzsenator Wolfgang Peiner. Ein effizienter Einsatz der knappen öffentlichen Mittel sei nur möglich, wenn ein genauer Überblick über die Vermögenslage der Stadt vorhanden sei, einschließlich aller Belastungen.

Die neue Buchführung sei die betriebswirtschaftliche Basis für den Ausbau der Kosten- und Leistungs-Rechnung. Mit deren Hilfe sollen Fragen nach den Kosten

von Verwaltungsleistungen beantwortet werden können. Für Regierung und Parlament ergäben sich aus der größeren Transparenz neue Chancen zur Steuerung und Kontrolle der Ausgaben.

Im April 2005 hatte Salzgitter als erste deutsche Großstadt eine kaufmännische Eröffnungsbilanz vorgelegt. Das Vorbild soll Schule machen. Die Länderinnenministerkonferenz beschloß Ende 2003, spä-

stens 2011 auf kommunaler Ebene in der Haushaltsführung von der Kameralistik auf die „Doppik“ umzustellen, mit der alle Vermögenswerte erfaßt werden. Die Bundesländer sind allerdings von dieser Pflicht nicht umfaßt. Bisher wurden in den öffentlichen Etats nur Einnahmen und Ausgaben gegenübergestellt. Begriffe wie Abschreibungen, Rückstellungen oder Rechnungsabgrenzungsposten sind im kameralistischen Rechnungswesen unbekannt. So wird der Substanzverlust an öffentlichem Vermögen nicht erfaßt.

In Hamburg soll der erste vollständige kaufmännische Jahresabschluß für das Geschäftsjahr 2006 aufgestellt und im Herbst 2007 veröffentlicht werden. Er soll zeigen, wie sich Vermögen, Schulden und Eigenkapital entwickelt haben. Einen ersten Konzernabschluß, der sämtliche Vermögenswerte und Schulden der Hamburger öffentlichen Unternehmen einbezieht, soll es 2008 für das Jahr 2007 geben.

Die Höhe der nötigen Rückstellungen hat Hamburg jetzt erstmals erhoben. Ein im Vergleich mit privaten Unternehmen besonders hoher Anteil in der Bilanz entfällt auf Rückstellungen für Pensionen. Der überwiegende Teil dieser Verpflichtungen von mehr als 20 Milliarden Euro beruht auf Pensionszusagen gegenüber den Landesbeamten. Rückstellungen für Ruhegeldzusagen für Tarifangestellte machen weniger als 10 Prozent dieses Rückstellungsbedarfs aus.

## Vorreiter Salzgitter

So etwas hatte Salzgitters Stadtkämmerer Ekkehard Grunwald noch nicht erlebt. Vor der Kommunalwahl nahm die Mehrheitsfraktion von dem werbewirksamen Versprechen einer neuen Turnhalle Abstand. „Das ist der Erfolg der kaufmännischen Rechnungslegung“, sagt er stolz. Salzgitter, eine Kommune mit 108 000 Einwohnern, war eine der ersten Großstädte, die schon per Ende 2004 eine Bilanz nach der sogenannten Doppik (eine der doppelten Buchführung ähnliche Buchungssystematik) vorgelegt haben. Eine zweite Bilanz für 2005 steht allerdings noch aus. „Den Aufwand dafür haben wir unterschätzt“, gibt Grunwald zu. Es habe vor allem technische Probleme gegeben, sagt er. Eine Stadt habe mit privaten Steuerzahlern zu tun, deren Belege oft so ungenau ausgefüllt seien, daß an manchen Tagen zweistellige Millionenbeträge auf einem Sammelkonto zwischengeparkt werden müßten, bis man herausgefunden

den habe, ob der Bürger Hunde-, Gewerbe- oder Grundsteuer zahlen wollte. „Das Problem hat kein Unternehmen“, da ist sich Grunwald sicher. Aber Salzgitter habe es inzwischen gelöst. Vom kommenden Jahr an werde man die bisherige Kameralistik ganz aufgeben. Jeder politische Beschluß könne jetzt nicht nur mit seinen Folgekosten beziffert werden; das konnte man auch bisher schon. In der Doppik hat jeder Beschluß jetzt aber sofort Konsequenzen im Haushalt im Sinne von Zuweisungen oder Rückstellungen oder den bisher außer acht gelassenen Abschreibungen – und damit hat er auch Auswirkungen auf die Vermögenslage. Man kann nicht mehr so leicht wie bisher Versprechungen abgeben und die Folgekosten den Nachfolgern überlassen. „Die Versprechen der Politiker werden realistischer“, sagt Grunwald. Es werde nun viel stärker nach einem effizienten Ressourceneinsatz gefragt. (geg.)